

## 7. AntiROMAnismus

Vorurteile und die daraus resultierende Diskriminierung werden durch die Behandlung der Roma-Flüchtlinge in Deutschland aufrecht erhalten.

Die Diskriminierung, denen Roma nach wie vor in vielen Ländern Europas ausgesetzt sind, stehen im Gegensatz zu dem Ziel der europäischen Union, seine größte Minderheit nachhaltig zu integrieren. Die aktuellen Pläne der Bundesregierung stehen dazu geradezu im Widerspruch. Statt durch temporäre Aufenthaltsberechtigungen mit erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt und zum gesellschaftlichen Leben die prekäre Lage vieler Roma zu zementieren und durch Rückführungen in ein Land, in denen ihnen jegliche Lebensgrundlage abhandenkommt, sogar noch zu verschlimmern, sollte Deutschland den Roma einen gesicherten Aufenthalt und eine damit verbundene Lebensperspektive zugestehen.

## 8. Historische Verantwortung

Die Bundesrepublik steht nach dem Genozid während des Nationalsozialismus in historischer Verantwortung gegenüber den Sinti und Roma in Europa. Dieser gerecht zu werden, entspräche im akuten Fall die vorbehaltlose Sicherstellung einer Aufenthalts- und Lebensperspektive in Deutschland.

Der Genozid an den europäischen Roma fand auch in den Balkanländern statt, wo viele von ihnen als Geiseln oder angebliche Partisanen erschossen wurden. Nach 1949 hat sich Deutschland zu seiner historischen Verpflichtung gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus bekannt. Darüber hinaus ist Deutschland durch seine Beteiligung an der Bombardierung durch die NATO mitverantwortlich für die Rassistischen Vertreibungen von Roma im Jahr 1999. Bei so viel Verantwortung gegenüber der Situation der Roma aus den Balkanländern sollte es eigentlich Selbstverständlich sein nach Deutschland geflüchteten Roma eine gesicherte Aufenthaltsperspektive zu ermöglichen. Dass solche Maßnahmen durchaus möglich sind, hat das Beispiel der jüdischen Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion bewiesen.

## 9. Zukunftsperspektive für Kinder

Die genannten Umstände wirken sich besonders negativ auf Kinder und Jugendliche aus, welche nach Angaben der Bundesregierung bis zu 50% der Ausreisepflichtigen darstellen.

Bei einer Abschiebung erwartet diese Kinder ein Leben in Armut und Isolation. Erfolgreich begonnene Bildungswege von in Deutschland geborenen und deutsch sprechenden Kindern müssen aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse abgebrochen werden. Eine aktuelle UNICEF Studie ergab das drei von vier Romakindern nach der Abschiebung nicht weiter zur Schule gehen. Die Kinder die dennoch die Schule besuchen klagen meist über rassistische Drangsalierungen durch Mitschüler und Lehrer. Dies alles steht im Widerspruch zur UN-Kinderrechtskonvention die einzuhalten sich die Bundesrepublik verpflichtet hat.

Mehr Informationen findet Ihr auf:

[www.alle-bleiben.info](http://www.alle-bleiben.info)

[www.yag-bari.com](http://www.yag-bari.com)

[www.europeanromamovement.org](http://www.europeanromamovement.org)

[www.bundesromaverband.de](http://www.bundesromaverband.de)

[www.roma-center.de](http://www.roma-center.de)

oder meldet euch bei:

[kontakt@alle-bleiben.info](mailto:kontakt@alle-bleiben.info)

(V.i.S.d.P.)

Roma Center Göttingen e.V.

Haus der Kulturen

Hagenweg 2e

37081 Göttingen



# 9 Argumente



# YAG BARI

## **Abschiebungen und Roma-Diskriminierung in Europa stoppen!**

Fast überall in Europa sehen sich Roma einer wachsenden Diskriminierung ausgesetzt, die über Ausgrenzung von Bildung und Arbeitsmarkt bis hin zu rassistisch motivierten Mordattacken reicht. In Ungarn werden Roma zu schikanöser Zwangsarbeit genötigt, in der Slowakei gegen ihren Willen sterilisiert, in Rumänien zur „Städteverschönerung“ zwangsumgesiedelt und in Bulgarien fordern rechtsextreme Partei die Todesstrafe für „kriminelle“ Roma. Auch in Deutschland sind geduldete Roma-Flüchtlinge aus Kosovo, Serbien und Makedonien akut von Abschiebung bedroht. Monat für Monat fliegen zwei Sammelabschiebeflieger in diese Länder und reiße damit Familien auseinander und ins Unglück. In diesen Ländern droht Roma ein Leben in Armut und Ausgrenzung.

**Wir präsentieren euch neun Argumente die gegen diese Abschiebung und für eine gesicherte Aufenthaltsperspektive von Roma in Deutschland sprechen.**

### **1. Verletzung von Menschenrechten**

Die Rückführungen von Minderheitenangehörigen widersprechen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

Jeder hat das Recht auf Freiheit, Arbeit und Familie. Bei Abschiebungen werden immer wieder Familien getrennt, weil beispielsweise volljährige Kinder bleiben dürfen aber ihre Eltern und Geschwister gezwungen werden Deutschland zu verlassen. Standesamtliche Ehen, werden wegen fehlender Papiere unmöglich gemacht und auch vor der Abschiebung eines einzelnen Elternteils wird nicht zurückgeschreckt. Hinzu kommt, dass Roma in Osteuropa Diskriminierungen auf den Behörden, in den Schulen, im Gesundheitssystem und auf dem Arbeitsmarkt ausgesetzt sind. Aufgrund mangelnder Wohnunterkünfte müssen sie z.T. auf bleiverseuchtem Gebiet wohnen.

### **2. Sicherheitspolitische Mängel**

Minderheitenangehörige erfahren nur ungenügenden Schutz durch Polizei und Justiz

Rassistische Übergriffe gegen Roma sind in einigen Ländern nach wie vor keine Seltenheit. Die Behörden zeigen sich oft uninteressiert oder unfähig, ethnisch motivierte Straf- oder Gewalttaten zu verfolgen. Aus Angst vor Racheakten vermeiden es die Angegriffenen meistens, überhaupt Anzeige zu erstatten. Insbesondere im von Mafiabanden kontrollierten Kosovo und in Ungarn, mit der erstarkenden rechtsextremen Jobbik-Partei, ist die Lage für Roma lebensgefährlich.

### **3. Ökonomische Instabilität**

Die Rückkehrer erwartet eine unsichere wirtschaftliche Lage.

Die hier Schutz suchenden Roma haben oft alles aufgegeben um sich den gewünschten Neuanfang in Deutschland zu ermöglichen. Werden sie abgeschoben stehen sie vor dem nichts. Tragfähige Maßnahmen zur Wiedereingliederung gibt es nicht! Abschiebung bedeutet so für Roma meist Arbeits- und Obdachlosigkeit in einem Land in dem sie unerwünscht sind.

### **4. Problematische soziale Situation**

Eine erfolgreiche Integration wird durch Armut, Arbeitslosigkeit und einen erschwerten Bildungszugang verhindert. Eine angemessene medizinische Versorgung ist meist nicht gesichert.

Die Arbeitslosigkeit unter den Roma liegt vielerorts höher als die Arbeitslosigkeit der Durchschnittsbevölkerung. Meist bekommen Roma nur schlecht bezahlte Gelegenheitsjobs und haben keine Aussicht auf eine feste regelmäßiges Einkommen sichernde Anstellung. Überdurchschnittlich viele Romakinder werden in separaten Sonderschulen unterrichtet und bekommen so durch eine geringe Bildung ihre Zukunftschancen verbaut. Auch sind aufgrund der allgemeinen Armut Kinder in vielen Fällen darauf angewiesen die Schule abzubrechen, um im informellen Sektor zum Familienunterhalt beizutragen.

### **5. Verlust rechtlicher Ansprüche aufgrund fehlender Dokumente**

Aufgrund fehlender Papiere und Dokumente bleibt den Rückkehrern der Zugang zu Sozialleistungen, Schulbildung und Grundstückseigentum verwehrt.

Geburtsurkunden, Grundbuchregister oder Schulzeugnisse können in vielen Fällen von den Roma nicht vorgewiesen werden, weil sie entweder nie ausgestellt wurden, bei der Flucht verloren gingen oder bei der Abschiebung in Deutschland vergessen wurden. So können sich die Roma nicht registrieren, finden keinen Zugang zum Arbeitsmarkt, den Sozialsystemen und zur Schulausbildung. Einen Anspruch auf früheres Grundeigentum können sie nicht einfordern oder nachweisen, und werden so leicht Geschädigt von Enteignungen oder Hausbesetzungen. Durch die Abschiebung werden viele Roma de facto zu Staatenlosen.

### **6. Integration in Deutschland**

Die Integration der Roma-Flüchtlinge liegt im Interesse der humanitären Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland.

Bei der Integration von Migrantinnen sieht sich die Bundesrepublik offiziell auch in einer humanitären Verantwortung. Hieran muss sich gehalten werden und die Grundlage geschaffen werden, dass Flüchtlinge in Sicherheit und ohne Angst vor einer Abschiebung hier leben können. Um selbstverantwortlich ihr Leben zu gestalten brauchen sie einen sicheren Aufenthaltsstatus, Bewegungsfreiheit sowie einen Zugang zu den Bildungssystemen, zum Arbeitsmarkt und zu den im Integrationsprogramm vorgesehenen Fortbildungsmaßnahmen.